

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

520 (7.11.1917) Abendblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweimal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.45, in das Haus gebracht M. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.45 gegen Vorauszahlung.

Einzelgebühren: Die einpaltige Kolonelleise oder deren Raum 20 Pf., Meldegebühr 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Einzelentnahmen in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Girschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Meldeanzeigen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Geschäftsleitung: vormittags 10-11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Girschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 520

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Mittwoch, 7. November 1917

76. Jahrgang.

Abendblatt

Erbitterte Kämpfe in Flandern.

Weitere Fortschritte in der Verfolgung der Italiener. — Rußland vor dem Bürgerkrieg.

Der deutsche Tagesbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 7. Nov. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

In Flandern wurde gestern erbittert gekämpft. Nach dem vorbereitenden Trommelfeuer am frühen Morgen traten englische Divisionen von Boelcapelle bis zur Bahn Opern-Roulers und gegen die Höhen von Bezelare und Ghelubelt zum Sturm an. Nördlich von Passchendaele brach der Angriff in unserer Abwehrfeuer zusammen. In Passchendaele drang der Gegner ein. Im frühen Morgen wurde ihm der Dittell des Dorfes wieder entrissen. Mittags führte der Feind frische Kräfte in den Kampf. Sie konnten die Einbruchsstelle bei Passchendaele nur örtlich erweitern. Unsere Stellung läuft am östlichen Dorfrande.

Der gegen die Höhen von Bezelare und Ghelubelt mit frischen Kräften gerichtete Ansturm zerschellte meist schon vor unseren Linien.

Eingebrochener Feind wurde im Nahkampf überwältigt. Die Richtung unseres Vernichtungsfeuers hielt hinter sich vorbereitende Angriffe nieder.

Auf dem Schlachtfelde dauerte der starke Artilleriekampf bis in die Nacht hinein an.

Bei den anderen Armeen der Westfront lebte die Artillerietätigkeit an vielen Stellen auf und steigerte sich besonders auf dem östlichen Maasufer und zeitweilig im Sundgau zu großer Heftigkeit.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz

und an der Mazedonischen Front keine größere Kampfhandlung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Gebirge und in der Venetianischen Ebene wird die Verfolgung fortgesetzt;

einige tausend Gefangene sind eingebracht worden.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Japan und die Vereinigten Staaten.

W. B. Washington, 7. Nov. (Neuter-Meldung.) In den Notizen, die zwischen Tokio und dem Staatssekretär Lansing gewechselt wurden, erklären die Regierungen von Japan und der Vereinigten Staaten, daß sie es für wünschenswert halten, in diesem Augenblicke nochmals ihre gemeinsamen Wünsche und Absichten bezüglich der chinesischen Republik bekannt zu geben, um die bössartigen Gerüchte, die von Zeit zu Zeit aufzutauchen, zum Schweigen zu bringen. Sie erklären deshalb folgendes:

1. Die Vereinigten Staaten geben zu, daß Japan infolge der Nähe seines Gebietes besondere Interessen in China hat, besonders in dem Gebiete, das an seine Besitzungen grenzt.

2. Die territoriale Souveränität Chinas bleibt trotzdem unverletzt und die Vereinigten Staaten setzen großes Vertrauen in die wiederholten Versicherungen Japans, daß es, obwohl seine Lage besondere Interessen mit sich bringt, bezüglich des Handels der anderen Nationen keinen Unterschied zu machen, und die bisher von China in Handelsbetrieben zugewiesenen Rechte nicht entgegenzutreten wünscht.

3. Japan und die Vereinigten Staaten beabsichtigen, in irgend einer Weise die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität Chinas zu beeinträchtigen und sind noch immer Anhänger des Grundgesetzes der offenen Tür und der Gleichberechtigung im Handel und in der Industrie Chinas.

4. Japan und die Vereinigten Staaten erklären sich beiderseits gegen die Gewährung besonderer Rechte oder Privilegien zu irgend einer Macht, durch die die Unabhängigkeit und das Territorium Chinas beeinträchtigt werden würde.

Ein Kongreß der südamerikanischen Republiken.

London, 6. Nov. Dem „Daily Chronicle“ wird aus der Stadt Mexiko berichtet: Die Regierung ist im Begriff, die Vertreter für den Kongreß der romanischen Staaten Amerikas zu ernennen, der für nächsten Januar in Buenos-Aires einberufen werden soll, um über ein gemeinsames Aufstreben der südamerikanischen Republiken und die gegenüber dem europäischen Krieg einzuschlagenden Wege zu beraten. Der mexikanische Botschafter in Argentinien und Antonio Manero als Vertreter Carranzas werden von Buenos Aires in vertraulicher Mission nach Europa gehen. Sie werden Frankreich, England und Italien besuchen.

Graf Hertling und die Parteien.

Die neuen Schwierigkeiten.

Daß der Kabinettsbildung des Reichskanzlers durch den Witz des W. Dr. Friedberg neue, ernste Schwierigkeiten erwachsen sind, haben wir bereits im heutigen Mittagsblatt gemeldet. Ueber die Gründe, die den nationalliberalen Führer zu diesem auffallenden Schritt veranlaßten, teilt die „National-liberale Korrespondenz“ noch folgendes mit:

Diese Bitte an Seine Majestät ist dadurch veranlaßt, daß von einzelnen Parteien weitere Wünsche in Bezug auf die Befehung höchster Staatsämter geäußert wurden, die keine Erfüllung finden konnten. Da aber von der Befriedigung dieser Wünsche die Schaffung einer arbeitsfähigen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstag abhängig gemacht wurde, glaubt Dr. Friedberg durch seinen Eintritt in die Regierung keinen Nutzen mehr stiften zu können.

Die Eigenschaft, die bei ihm anfänglich dazu vorhanden war, konnte ganz wie bei dem Grafen Hertling auf dem vaterländischen Pflichtengefühl, seinerseits dazu beigetragen, daß die Kräfte und die Ansehenstimmung endgültig befestigt werden. Wenn das durch jene weitgehenden Wünsche verhindert worden ist, so ist es Sache derjenigen, sich damit abzufinden, die diese Wünsche zur Befriedigung einer Mitarbeit gemacht haben. Vielleicht wird aber auch nach dem Scheitern der Verhandlungssatzung manmehr die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling manchem seiner politischen Gegner aus den bürgerlichen Parteien tragbarer erscheinen, da er durch seinen Korrespondenz bezüglich des Herrn Dr. Friedberg bewiesen hat, daß er auf keinen Fall eine einseitige Politik treiben will.

Bei den „weiteren Wünschen einzelner Parteien in Bezug auf die Befehung höchster Staatsämter“, auf die die „National-liberale Korrespondenz“ abhebt, handelt es sich um die Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Posten des Reichskanzlers mit einem ihrer Abgeordneten zu besetzen. Die Fortschrittler werden bei dieser Forderung auf die nachdrücklichste von der Sozialdemokratie unterstützt, die hiervon ihre Unterstützung der Kanzlerschaft Hertlings abhängig machen. Für den Reichskanzlerposten war, wie bekannt, der süddeutsche Demokrat Dr. von Bayer in Aussicht genommen. Nun scheint man aber an höchster Stelle nicht gewillt zu sein, den bisherigen Reichskanzler Dr. Helfferich fallen zu lassen. Nach einer Meldung Berliner Blätter wird im parlamentarischen Kreise die noch unbestätigte Meldung verbreitet, das Entlassungsgesuch Dr. Helfferichs sei vom Kaiser abgelehnt worden. Diese Nachricht klingt nicht ungläubhaft. Auch bei dem großen Staatssekretär- und Ministerwechsel, der Anfang August unter Dr. Michaelis stattfand, wurde damals ausdrücklich betont, daß der Kaiser ganz besonderen Wert darauf lege, daß Dr. Helfferich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers beibehalte. Dr. Helfferich, der unabweislich

Bunte Chronik.

Die Vergabung der Kohle. Der Krieg hat mit besonderem Nachdruck auf die Wichtigkeit des Problems unserer Kohlenversorgung hingewirkt. Nach dem Urteil des englischen Professors B. Bone würden die deutschen Kohlenlager in etwa 50-100 Jahren aufgebraucht sein, wenn ihre Ausbeutung auch nur annähernd in der gleichen Weise wie jetzt fortwährend weiterginge. Eine ganz bedeutende Herabminderung des Kohlenverbrauches könnte durch eine rationellere Ausnutzung der in der Kohle aufgespeicherten Werte erzielt werden. Zur Zeit werden davon in unseren Oefen nur etwa 10 Prozent wirklich nutzbar gemacht, der ganz überwiegende Anteil geht völlig wirkungslos durch den Schornstein. Unter den zur Erzielung einer rationelleren Ausnutzung des Brennwertes gemachten Vorschlägen beanspruchen diejenigen als sehr zukunftsreich ein besonderes Interesse, die eine Vergabung der Kohle zum Gegenstand haben. Unter Kohlenvergasung versteht man in der Technik die Ueberführung der gesamten brennbaren Bestandteile der Kohle im Gasofen, teilweise durch Einwirkung der Hitze allein, teilweise unter gleichzeitiger Einwirkung von einer zur völligen Verbrennung ungenügenden Luftmenge oder vom Wasserdampf. Das auf diese Weise erhaltene Gas unterscheidet sich von dem bekannten Leuchtgas durch einen weit größeren Gehalt an Kohlenoxyd und eine nicht unerhebliche (natürlich unverbrennbare) Stickstoffbeimengung und hat darum einen entsprechend geringeren Heizwert. Der außerordentliche Vorteil der vollständigen Kohlenvergasung liegt aber darin, daß es leicht ist, Gasfeuerungen herzustellen, die eine fast verlustlose Ausnutzung des Heizwertes gestatten. E. R. Besenfelder weist in der Chemiker-Zeitung darauf hin, daß nach einem von ihm angegebenen Verfahren zur Darstellung eines solchen „Mischgases“, das durch reifliche Vergabung der Kohle gewonnen wird, nicht der Kohlenverbrauch bei Erzielung gleicher Heizeffekte wie jetzt auf etwa ein Viertel des heutigen herabgemindert werden würde — eine schon an und für sich volkswirtschaftlich sowohl wie politisch ganz eminent bedeutungsvolle Möglichkeit —, sondern außerdem noch höchst wichtige Nebenprodukte, vor allem das für die Landwirtschaft in steigendem Maße unentbehrliche Ammoniak, in großen Mengen erhalten werden könnten, die man jetzt einfach verpufft. In einer früheren Veröffentlichung berechnet Besen-

felder die allein aus den Nebenprodukten bei völliger Vergabung der Kohle zu erzielenden Mehrwerte über eine Milliarde Mark. Hat man diese Zahl auch unter Berücksichtigung des eben durch die Kohlenvergasung erzielten geringeren Kohlenverbrauches entsprechend zu verringern, so wird doch die erzielte Ammoniakausbeute so groß werden, daß sie uns für dieses Produkt nicht nur völlig vom Ausland unabhängig machen, sondern uns sogar die Möglichkeit eines gewinnbringenden Exports eröffnen kann. Die reifliche Kohlenvergasung würde zu einem vollständigen Verschwinden der Kohlenlöcher in den Haushaltungen führen und die die durch laubere und leicht zu bedienende Gasöfen erfolgen. Außerdem aber würde sich die Heizung für den Einzelhaushalt sowohl wie für Fabriken, die sich zu mehreren gemeinsam an ein Zentralvergasungswerk anschließen könnten, erheblich verbilligen. Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man sagt, daß die allgemeine Durchföhrung der vollständigen Vergabung der Kohle eine neue Ära in unserer Heizungsweisen, ja in unserem ganzen Wirtschaftsleben eröffnen würde.

Ein Vorspiel der Mostelweinsteigerungen. Mostig braun und zitronengelb hängt noch das Laub an den leeren Reifstöcken, während sich schon das weinliche Tier für die große Herbstelweinsteigerung der Moster reifet. Die Weinreifer, die von außen moosbeschlagen sind und drinnen kostbare Tropfen bergen, werden schwer durch die Straßen geföhren, in den Höfen der Kelleren klirren die Flaschen zum Probiertrunk. Der Versteigerungssaal wird für die erwarteten Besucher hergerichtet, und die Tischreihen mit den Probiergläsern Leben freundlich zum Vortritt ein. In den Weinreiferen, so schreibt uns ein Mitarbeiter, macht sich eine nervöse Spannung, eine gewisse Unrast bemerkbar und die Frage, ob bis dahin die lange angelegte Weinpreissetzung eingeleitet sein wird, nimmt das allgemeine Interesse sehr stark in Anspruch. Die Welle der letzten, im Frühjahr dieses Jahres abgehaltenen Weinpreissetzung, die ganz märchenhaft hohe Preise brachte, ist durch das ganze Reich gegangen, so daß sich die Welle auch aus weinreiferen Gauen in diesen Tagen an die Mosel verirren. Die Welle der 1917er ist seit 8 und 14 Tagen beendet; sie ist überall gut ausgefallen, es gab 1/2 bis ganzen Herbst, das heißt dreiviertel, Voll- und Ganzente. Bezahlt wurde das Fuder Most mit 4000 bis 4200 Mark gegen 140 M. durchschnittlich in gewöhnlichen Zeiten. Für Trauben zum Keltern im Zenner erhielten die Mostwinzer 120

bis 140 M., während sie sonst nur den zehnten Teil erhielten. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Versteigerung diesmal allen Teilnehmern eine Ueberraschung bereiten wird. Jedenfalls spricht man davon, daß die Preise nicht in ihren letzten Höhen sich bewegen, sondern ganz bedeutend zurückgehen würden. Den unbeteiligten Weintrinker wird dies sicherlich am meisten freuen.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Wie Eduard Mörike gelehrt wurde. Die Lebensgeschichte des Dichters, der an den Folgen seiner schwächlichen Fehmüchtigkeit fast von Kindheit an bitter und schwer zu tragen hatte, weist eine kurze Zeitspanne auf, über der bisher ein geheimnisvolles Dunkel zu walten schien. Das ist kein Ausruf bei seinem ehemaligen Studienfreunde, dem Pfarrer Johann Christoph Humhardt in Wörlingen, der sich durch überraschende Heilerfolge den Ruf eines Wundermannes erworben hatte, und bei dem ähnlich wie bei Justus Kerner Scharen von Leidenden Befreiung von ihren Gebrechen suchten. Sicher ist, daß Mörike, dem die Gebrechen an die Wirkungen geheimnisvoller Kräfte auf den menschlichen Organismus nicht fernlagen, sich auf die Anregung Kerner und seines Freundes Carl August Ende Juli 1848 einer Behandlung bei Humhardt unterzog, über die er selbst, aber nur als von einem „ewig denkwürdigen“ Ereignis und von dem „ersten unfaßlichen Schritt“ seiner Besserung ohne nähere Angaben berichtet. Erst den Nachforschungen von Hanns Wolfgang Roth ist es jetzt gelungen, durch die Aufdeckung von zwei Briefen in einem bisher unbeachteten gebliebenen Nachlaßteil im „Siedelischen Besitz“, die er im neuesten Heft der „Deutschen Rundschau“ zum erstenmal veröffentlicht, diese dunkle Episode zu erhellen. Der eine der Briefe ist von der Hand der Schwester des Dichters Clara Mörike, die ihren Bruder begleitete, ganz unter den frischen Eindrücken der Reise geschrieben und aus dem Kurort Teinach, wohin sich Mörike von Wörlingen aus begab, vom 13.-14. August 1848 datiert. Die Schwester des Dichters schreibt die auffallende Besserung, die in dem Befinden ihres leidenden Bruders, der durch eine rheumatische Lähmung fast bewegungsunfähig geworden war, nicht dem Aufwachen in Teinach zu, sondern der Behandlung des Pfarrers Humhardt, von der sie allerlei Merkwürdiges zu berichten weiß: „Eduard meinte anfangs“, le erzählt sie, „ob ihn Humhardt nicht durch Magne-

ein hochbegabter Kopf ist, aber nicht die Fähigkeiten besitzt, mit den politischen Parteien geschickt und erfolgreich zusammenzuarbeiten, scheint noch wie vor persona gratissima zu sein.

Zu dieser Rücksicht auf Dr. Helfferich scheinen noch weitere, von gewisser Seite geflüstert gedürte Bedenken zu kommen, daß durch Bezeichnung des Vizekanzlerpostens mit einem Fortschrittler die parlamentarisch schon stark durchgeführte Regierung ihre Selbstständigkeit verlieren und allzusehr in Abhängigkeit von der Reichstagsmehrheit gelangen könnte. Die anmaßende und herausfordernde Sprache der sozialdemokratischen Presse hat gerade in den letzten Tagen diese Bedenken noch in erheblichem Maße verstärkt. Auch die fortschrittliche Presse hat sehr scharfe Töne angeschlagen. In mehr als einem der demokratischen Blätter wurde unerbötlich davon gesprochen, daß der Reichskanzler entweder die von ihm angeblich gemachten Versprechungen — vielfach wird auch gesagt, die in seinem Namen gemachten Versprechungen — erfüllen müsse oder aber nicht auf die Unterstützung der Mehrheit rechnen dürfe, also entweder zurücktreten solle oder aber nur ein Sofaemmer ohne allen Salk bleiben werde, der sich nur mühselig und wahrscheinlich nur kurze Zeit in seinem Amte halten könnte.

Graf Hertling.

O Berlin, 7. Nov. Einzelne Blätter wollten schon wissen, nun würde auch der Kanzler selber an seiner Aufgabe verzweifeln und Amt und Würden in die Hände des Kaisers zurücklegen. Diese Auffassung wird in unterrichteten Kreisen nicht geteilt. Man hält es für ausgeschlossen, daß Graf Hertling so leicht schon die Hülfe ins Korn werfen könnte. Vielmehr nimmt man an, daß er seine Bemühungen, die Regierung unzugestanden, fortsetzen wird. Hier und da hält man es sogar für denkbar, daß sich als Frucht weiterer Unterhandlungen eine Basis ergeben könnte, die es auch Herrn Dr. Friedberg möglich mache, sich von neuem an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Die Auffassung der Fortschrittler.

O Berlin, 6. Nov. Gegenüber den Darlegungen der „National-liberalen Korrespondenz“ über die Ablehnung der Berufung Dr. Friedbergs zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und gegenüber den dazu in der „National-liberalen Korrespondenz“ gegebenen Begründungen wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Kreisen der fortschrittlichen Reichstagsfraktion geschrieben: Die Begründungen sind aufgestellt worden von allen an den interfraktionellen Besprechungen beteiligten Parteien, auch von der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Daß die Vertretung der Linken durch einen Abgeordneten in den Reichsämbtern und einen weiteren Abgeordneten im preussischen Staatsministerium keine zu weitgehenden Forderungen darstellt, wenn überhaupt auf die Mitarbeit der Linken Wert gelegt wird, bedarf keiner Ausführung. In der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung dominieren konservative und nationalliberale Einflüsse. Es kommt hinzu, daß die Sozialdemokratie es abgelehnt hat, in die Regierung einzutreten, aber entscheidenden Wert darauf legt, daß im Innern eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens die fortschrittliche Volkspartei durch je ein Mitglied in der Regierung des Reichs und Preussens vertreten ist. Die politische Notwendigkeit einer Mitarbeit der Linken in der Regierung tritt in dem Augenblick besonders stark hervor, in welchem ein rechtsstehender Zentrumsvorsteher die Führung der Geschäfte übernimmt. Das Bedürfnis ist gemeinsam von allen Parteien in allen Stadien als berechtigt anerkannt und geltend gemacht worden und zwar von dem Vertreter der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten mit den übrigen Parteivertretern noch in derselben Stunde, in der die „Nationalliberale Korrespondenz“ ihre sachlich unzutreffende und politisch tendenziöse Darstellung veröffentlicht hat.“

(Berlin, 7. Nov. „Frankf. Bg.“) Die fortschrittlichen Blätter und der „Vorwärts“ haben Tag für Tag im Sinne der Mehrheitsparteien nachdrücklich hingewiesen, daß ein Zusammenarbeiten des Reichskanzlers mit der Mehrheit des Reichstages nur denkbar sei, wenn er die erwähnten Voraussetzungen erfülle, und in einzelnen dieser Blätter kommt das heute zu allerhöchstem Ausdruck. Sie sprechen von Einflüssen in der Umgebung des Kaisers, die die Verabschiedung Helfferichs und die Erhebung durch Bajer verhindern, und lassen gar keinen Zweifel, daß, wenn Graf Hertling diese Einflüsse nicht beseitigen könne oder wolle, seine Kanzlerschaft unhaltbar sei, und daß wir kritischen Zuständen zusehnen würden, denn es zeige sich deutlich, daß hier der Versuch einer Reaktion gegen die Mehrheit und einer Strafprobe gemacht werden soll. Die Linke werde jedenfalls nicht zurückweichen. Wer mit diesen Kreisen gemeint ist, die Graf Hertling hindern, ist auch Eingeweihten nicht deutlich erkennbar. Vielleicht handelt es sich um Einflüsse, die schon bei der Entlassung Besmanns tätig gewesen sind, vielleicht auch um politische Persönlichkeiten, auch beamtete, die sich der Forderung, daß der Vizekanzler Helfferich gehen müsse, widersetzen. Es weiß niemand darüber etwas Genaues. Man weiß nicht einmal, auch in sonst unterrichteten Kreisen, ob das Abschiedsgesuch Helfferichs genehmigt ist oder nicht. Western ist auf Grund interfraktioneller Besprechungen dem Grafen Hertling noch einmal mitgeteilt worden, daß die Mehrheitsparteien auf dem Vorkurs stehen, daß der Nationalliberale Friedberg Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr v. Payer Vize-

kanzler und der Abg. Stadtrat Fischbeck preussischer Handelsminister werde. Diese Mitteilung ist dem Kanzler schriftlich ausgedrückt worden, weil er kurze Zeit vor dem Vortrage eine Beratung hatte.

O Berlin, 7. Nov. Die „Vossische Zeitung“ schreibt u. a.: In der Umgebung des Kanzlers, die ihn gern aus den Schwierigkeiten befreien möchte, in die er durch die Zusagen seiner Freunde geraten ist, machen sich zwei Strömungen bemerkbar. Die eine gebietet sich sehr stark und spricht davon, daß der Kanzler sich keine fortschrittlichen Minister aufdrängen lassen könne. Es wird von den Befürwortern dieser Ansicht wieder das alte Spiel versucht, das bisher schon bei jedem Kanzlerwechsel während des Krieges angewendet wurde, damit zu drohen, daß, wenn Graf Hertling sein Amt niederlege, die Militärdiktatur während der Abwesenheit sehr wohl bleiben kann, denn wenn Graf Hertling die Absicht hat, gegen die Reichstagsmehrheit zu regieren oder doch mindestens gegen Parteien, die die weite Kreise des Volkes hinter sich haben, so haben wir eben augenblicklich eine Diktatur Hertling, und es ist der Gesamtheit des deutschen Volkes wohlweislich lieber, wenn durchaus diktatorisch regiert werden soll, von Gindenburg und Ludendorff, als vom Grafen Hertling regiert zu werden. Man ist bereit, dem Parlamentarier Grafen Hertling auch als Reichskanzler Vertrauen entgegenzubringen, aber nicht dem Diktator Hertling. Wir geben noch immer die Hoffnung nicht auf, daß Graf Hertling, der doch sicher nicht wünscht, einem schweren und für unsere ganze Zukunft unheilvollen Konflikt mit dem Reichstag zuzustimmen, sich im letzten Augenblick doch noch eines Besseren besinnet. Noch nie hat wohl ein Kanzler einen Reichstag gegenübergestellt, der sich so sehr bemüht, dem Gebot der Stunde gerecht zu werden. Aber kein Parlament der Welt kann es sich gefallen lassen, daß eine Hoflique dauernd die politische Kube im Lande stört.

Minister sein, allein der Kaiser hat die Absicht, die Reichsregierung zu bilden, und es ist der Gesamtheit des deutschen Volkes wohlweislich lieber, wenn durchaus diktatorisch regiert werden soll, von Gindenburg und Ludendorff, als vom Grafen Hertling regiert zu werden.

O Berlin, 7. Nov. Der rechtsstehenden „Süddeutschen Zeitung“ wird die folgende Auffassung aus Berlin gedruckt: Graf Hertling scheint entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage zu sein, wie von ihm verlangt wird, zwei Fortschrittler in die Regierung aufzunehmen. Darauf aber besteht die Mehrheit mit großem Eigensinn, und ganz besonders die Sozialdemokratie, die sich zwar selbst an der Regierung nicht beteiligen will, allein einen Fortschrittlichen gleichfalls als Vertreter in die Regierung zu entsenden beabsichtigt. Soweit jetzt feststeht, ist die Regierung nicht geneigt, die Posten eines Vizekanzlers noch weiterhin bestehen zu lassen, was schließlich sehr bereuerlich wäre, denn diese Stellung wurde derzeit für Dr. Helfferich neu geschaffen und sie hatte damals insofern Vortritt, als die Unterzeichnung eines Mannes benötigt, der die Geschäfte aus eigener Praxis kannte. Nun sträubt sich die Regierung dagegen, dieses an und für sich zwecklos gewordene Amt aufrechtzuerhalten und noch dazu rein deshalb, um es aus parteipolitischen Gründen bestehen zu lassen. Ueberdies machen sich starke Strömungen dagegen geltend, die Stellvertretung des Kanzlers einem Vertreter der Linksparteien zu überantworten; aber auch den preussischen Vizepräsidentenposten will man nicht einem Fortschrittlichen übergeben, mit der Begründung, daß eine solche Bezeichnung der Parteiverteilung in Preußen nicht entspreche.

Die Ansicht der rechtsstehenden Kreise.

O Berlin, 7. Nov. Die Pariser Blätter melden: Die Offensivwirkung der Verbündeten beginnt sich in Südtirol zu entscheiden. Es gehen hier wichtige Ereignisse vor, für die die Vorbereitungen im Fluß sind.

Der Mangel an Kanonen.

(Genf, 6. Nov. Der Militärkritiker des „Matin“ schreibt: Zur Zurückverwerfung der feindlichen vordringenden Massen, die in einer an russische Verhältnisse mahnenden Stärke in Oberitalien eindringen, müßte man schleunigst mindestens 1500 schwere Geschütze an die italienische Front bringen. Auch der Militärkritiker des „Journal des Debats“ ruft am Sonntag eindringlich nach Artillerie für die Italiener. Die „Morning Post“ meldet am Sonntag aus dem italienischen Hauptquartier, solange die Ergänzung der artilleristischen Verluste der letzten Stanzschlacht nicht vorgenommen sei, bleibe jeder Versuch, zur Gegenoffensive überzugehen, ausgeschlossen. Der Feind zeige sich von einer artilleristischen Stärke, die alle Erwartungen überbiete. Der Verlust der Italiener an Artillerie müßte als schwer bezeichnet werden, und die Lage für die oberitalienischen Gebiete sei nicht ungefährlich, wenn der Vormarsch des Feindes nicht schleunig zum Stillstand gebracht werde.

Die spanische Hilfe.

(Genf, 6. Nov. Die Pariser Blätter melden: Die französischen Bahnhöfe sind für Transporte nach dem Ausland auf zehn Tage von der Seeresleitung übernommen worden.

Die Angst in Rom.

Rom, 7. Nov. (Agenzia Stefani). Mehr als 350 in Rom anwesende Abgeordnete haben folgenden Aufruf an das Land erlassen:

Die barten Kriegsereignisse haben es dem Feinde erlaubt, den äußersten Teil des Bodens des Vaterlandes zu betreten. Vertreter der Nation, wollen wir unsere ersten Schritte der in ihrem historischen Patriotismus bewundernswürdigen Bevölkerung Benetens jenden, die so erhaben ihr unbedeutendes Unglück trägt. Ein einziger Schrei ertönt in ihrer Brust: Rettet das Vaterland, vertreibt den Fremdling von unserem erdbebten Boden! Dieser Schrei der Angst und des Vertrauens, der schon einen Widerhall in der Seele unserer aufrichtigen und mächtigen Alliierten gefunden hat, ist ein Führer und ein Gesetz für uns, für das Meer, für das Parlament und für die Regierung damit jeder Bürger, der sein Vaterland, seine Mutter, verleugnet, die Pflicht erfüllt, die ihm die feierliche Stunde auferlegt. Möge er an die unheilvollen Folgen der Niederlage denken. Weder die materiellen Güter, noch das Leben werden in einem erniedrigten Vaterlande gesichert sein, wie es die traurige Geschichte dieses Krieges lehrt. Möge alle Italiener, das Volk auf dem Lande und in den Fabriken, unserem Aufruf der Brüderlichkeit und der Zusammengehörigkeit Folge leisten. Der Fortschritt würde in der Niederlage und in der Anarchie unheilvolle Fesseln finden. Lassen wir alle Uneinigkeit und löst uns wieder erneut mit Zuversicht die Ueberlieferung unserer Väter annehmen. Rufen wir uns die ruhmvollen Zeiten der nationalen Erhebung ins Gedächtnis, als um die Einheit des Vaterlandes zu verwirklichen, König Viktor Emanuel und der vollstimmliche Feld Garibaldi sich im Wollen und im Handeln aufmentaten, als alle ehrenwerten Ueberzeugungen in dem einzigen Ruf und dem einzigen Geboten: „Italien kann nicht besiegt werden, es muß in der Welt eine zivilisatorische Aufgabe weiter erfüllen“, zusammenzuschließen.

Die englischen Kriegsziele.

London, 7. Nov. Im Laufe einer Debatte über eine friedensfeindliche Entscheidung in Unterhaus sagte Balfour, nach seiner Ansicht trügen Erörterungen dieser Art wenig zur Erreichung eines ehrenvollen und baldigen Friedens bei. Der Hauptinhalt der Ausführungen der vorausgegangenen Redner war, daß das Land am Kriege festhalten würde, zu dem Zweck, Eliza-Vorbringen an Frankreich zurückzugeben. Das bedeute eine vollständige Vertrennung der Ansicht der gegenwärtigen und der vorgehenden Regierung, und des Bundes in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Kriegsziele. Angenehm wünschten die Friedensfreunde den Krieg solange fortzusetzen, bis jedes Land demokratisiert sei. (Zustimmung und Gelächter.) Sie wünschten, daß der Krieg als Mittel gebraucht werde, um die demokratische Regierungsform auf alle europäischen Staaten auszudehnen. Ramsay MacDonald hat die deutschen Sozialisten als Beweis dafür angeführt, daß nichts Deutschland gegen seine gegenwärtigen Feinde mehr einigen könne, als der Gedanke, daß die letzteren beabsichtigen, ihm gegen seinen Willen eine Regierungsform aufzuzwingen, aber Balfour sagte kreter, er sei einer von denen gewesen, die leidenschaftlich gewünscht hätten, daß die freiwirtschaftlichen Einrichtungen über ganz Europa ausgebreitet würden, aber er habe niemals geglaubt, daß es Krieg oder möglich für ein Land wäre, einem anderen Lande vorzuschreiben, unter welcher Regierungsform dieses Land leben solle. (Zustimmung.) Respektlos habe die Regierung arggeführt, weil sie ihre Kriegsziele so weit gepusht habe, daß diese jede Art von Zwelen in sich schloße, an denen wir ein sehr geringes unmittelbares Interesse hätten, und er habe dem Hause zu verstehen gegeben, er besitze glaubwürdige Mitteilungen darüber, daß die Alliierten durch einen Geheimvertrag verbunden seien, Frankreich, oder einem unabhängigen Staat den tatsächlich deutschen Teil Deutschlands auf dem linken Rheinufer auszuhändigen. Es bestehe kein derartiger Vertrag, noch, sagte er, habe irgend ein solcher Vertrag bestanden. Es sei bedauerlich, daß Respektlos ein solches Argument gefunden habe, das natürlich in Deutschland ohne Widerspruch wiederholt werden würde (Zustimmung) und das zur Grundlage habe, daß die Ziele der Alliierten nicht diejenigen seien, die sie laut verkündigten, nämlich die Befreiung der kleinen Völker und die möglichst baldige Schaffung von Verfassungsstaaten in europäischen Staaten, die soweit als möglich in Einklang mit den Wünschen ihrer Bewohner stehen. Aber ein anerkanntes deutsches Gebiet wegzunehmen und vom Deutschen Reich loszureißen, das sei niemals das Ziel der Alliierten gewesen. Es war nicht das Ziel der Alliierten und kein Vertrag, der sie zusammenbündel, sagte Balfour, hat für einen Augenblick angedeutet, daß es ein Ziel sei, wofür sie kämpfen müßten. Man könnte aus den gehaltenen Reden schließen, daß die Regierung plötzlich zu dem Entschluß gekommen sei, daß von allen Kriegszielen Eliza-Vorbringen eine besondere Einzelstellung einnehme und nicht im Zusammenhang stehe mit irgend welchen anderen Kriegszielen. Natürlich wünschen wir die Zurückgabe Eliza-Vorbringens (Zustimmung), dafür kämpfen wir zweifellos, aber nicht dafür allein, noch nimmt es unter den Kriegszielen eine besondere Stelle ein.

Der Rückzug der Italiener.

Wien, 7. Nov. Amtlich wird verkündet: Die Italiener sind im vollen Rückzug gegen die Piave. Unsere Verfolgungsoperationen verlaufen planmäßig. Umfassende Zusammenrücken österreichisch-ungarischer Gebirgstruppen zwang südwestlich von Tolmezzo einige tausend Italiener, sich zu ergeben. Im Dstien und Albanien nichts von Belang. Der Chef des Generalstabs.

Wichtig Ereignisse in Vorbereitung.

O Wien, 6. Nov. Die heutigen Zeitungen melden: Die Offensivwirkung der Verbündeten beginnt sich in Südtirol zu entscheiden. Es gehen hier wichtige Ereignisse vor, für die die Vorbereitungen im Fluß sind.

Der Mangel an Kanonen.

(Genf, 6. Nov. Der Militärkritiker des „Matin“ schreibt: Zur Zurückverwerfung der feindlichen vordringenden Massen, die in einer an russische Verhältnisse mahnenden Stärke in Oberitalien eindringen, müßte man schleunigst mindestens 1500 schwere Geschütze an die italienische Front bringen. Auch der Militärkritiker des „Journal des Debats“ ruft am Sonntag eindringlich nach Artillerie für die Italiener. Die „Morning Post“ meldet am Sonntag aus dem italienischen Hauptquartier, solange die Ergänzung der artilleristischen Verluste der letzten Stanzschlacht nicht vorgenommen sei, bleibe jeder Versuch, zur Gegenoffensive überzugehen, ausgeschlossen. Der Feind zeige sich von einer artilleristischen Stärke, die alle Erwartungen überbiete. Der Verlust der Italiener an Artillerie müßte als schwer bezeichnet werden, und die Lage für die oberitalienischen Gebiete sei nicht ungefährlich, wenn der Vormarsch des Feindes nicht schleunig zum Stillstand gebracht werde.

Die spanische Hilfe.

(Genf, 6. Nov. Die Pariser Blätter melden: Die französischen Bahnhöfe sind für Transporte nach dem Ausland auf zehn Tage von der Seeresleitung übernommen worden.

Die Angst in Rom.

Rom, 7. Nov. (Agenzia Stefani). Mehr als 350 in Rom anwesende Abgeordnete haben folgenden Aufruf an das Land erlassen:

Die barten Kriegsereignisse haben es dem Feinde erlaubt, den äußersten Teil des Bodens des Vaterlandes zu betreten. Vertreter der Nation, wollen wir unsere ersten Schritte der in ihrem historischen Patriotismus bewundernswürdigen Bevölkerung Benetens jenden, die so erhaben ihr unbedeutendes Unglück trägt. Ein einziger Schrei ertönt in ihrer Brust: Rettet das Vaterland, vertreibt den Fremdling von unserem erdbebten Boden! Dieser Schrei der Angst und des Vertrauens, der schon einen Widerhall in der Seele unserer aufrichtigen und mächtigen Alliierten gefunden hat, ist ein Führer und ein Gesetz für uns, für das Meer, für das Parlament und für die Regierung damit jeder Bürger, der sein Vaterland, seine Mutter, verleugnet, die Pflicht erfüllt, die ihm die feierliche Stunde auferlegt. Möge er an die unheilvollen Folgen der Niederlage denken. Weder die materiellen Güter, noch das Leben werden in einem erniedrigten Vaterlande gesichert sein, wie es die traurige Geschichte dieses Krieges lehrt. Möge alle Italiener, das Volk auf dem Lande und in den Fabriken, unserem Aufruf der Brüderlichkeit und der Zusammengehörigkeit Folge leisten. Der Fortschritt würde in der Niederlage und in der Anarchie unheilvolle Fesseln finden. Lassen wir alle Uneinigkeit und löst uns wieder erneut mit Zuversicht die Ueberlieferung unserer Väter annehmen. Rufen wir uns die ruhmvollen Zeiten der nationalen Erhebung ins Gedächtnis, als um die Einheit des Vaterlandes zu verwirklichen, König Viktor Emanuel und der vollstimmliche Feld Garibaldi sich im Wollen und im Handeln aufmentaten, als alle ehrenwerten Ueberzeugungen in dem einzigen Ruf und dem einzigen Geboten: „Italien kann nicht besiegt werden, es muß in der Welt eine zivilisatorische Aufgabe weiter erfüllen“, zusammenzuschließen.

Die Spannung in der Schweiz.

O Bern, 6. Nov. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet aus Zürich: Die militärischen Ereignisse in Italien werden in der Schweiz mit außerordentlicher Spannung verfolgt. Aus Italien selbst kommen nur dürftige und unsichere Berichte, die darauf hinausgehen, darzulegen, daß das italienische Volk unter dem Druck der Lage sich zusammengeschlossen habe. Ob das zutrifft, ist nicht nachzuprüfen. Jedenfalls berichten andere Meldungen von Unruhen in einzelnen oberitalienischen Städten. In der Schweizer Militärrückmeldung wird die ungewöhnliche Bedeutung der militärischen Vorgänge übereinstimmend hervorgehoben.

Französische Betrachtungen über die Lage in Italien.

O Bern, 6. Nov. Die französische Presse vom 2. November gibt in einer Betrachtung der Lage an der italienischen Front zu, daß die Erfolge der Armeen des Generals von Belou meiterhaft durchgeführt wurden. Jede Stunde, um die der österreichisch-deutsche Angriff verzögert werde, setze die Lage für die Italiener. Aber wahrscheinlich müßte sich die italienische Armee bis mindestens zum Piave zurückziehen. Die Blätter schreiben: Die Oesterreicher und die Deutschen haben einen sehr glänzenden Erfolg davongetragen. Man muß sich fragen, ob sie imstande sein werden, ihn zu einem unbestreitbaren Siege auszubauen. Die Presse bringt lange Schilderungen über den Rückzug und behauptet, daß bei Tolmezzo einige Abteilungen der 2. italienischen Armee ungenügenden Widerstand geleistet hätten, was den deutschen Truppen den Vorstoß ermöglicht habe. Die Lage der Armee des Herzogs von Aosta bei Cadrovo und Bertolo sei außerordentlich gefährdet gewesen. Es sei den Deutschen gelungen, von Norden her den Widerstand von Aosta das rechte Tagliamento unter zu brechen, immerhin habe das Gros der Armee des Herzogs von Aosta das rechte Tagliamento unter erreichen können, aber natürlich unter großer Einbuße an Gefangenen und Material. Das ganze Gebiet sei von Flüchtlingen überflutet und das Militär und die Zivilbevölkerung seien vielfach gemeinsam geflüchtet.

Das neue Drama von Hermann Burte.

Das neue Drama von Hermann Burte. Der Dichter des „Waldes“ und des „Ratte“, Hermann Burte, hat vor kurzem ein neues großes Schauspiel in Versen, „Simon“, vollendet, das in diesen Tagen im Verlag von Sarasin in Leipzig im Druck erscheint.

Rußland vor dem Bürgerkrieg.

W. Petersburg, 7. Nov. (Pet. Tel.-Ag.) Nach ergänzenden Meldungen hat sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuss der jüngst im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat geschaffen wurde und dem Generalstab der Militärbezirke der Hauptstadt folgendermaßen abgeklärt: In der Nacht des 4. November erschienen Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst Polkownikow, lehnte dieses Ansuchen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung der Abgeordneten des Heeres ein, die an alle Regimenter in offener Sprache ein Telegramm sandte, das den Soldaten mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widerrechtlichen Haltung des Generalstabes, der sich dem revolutionären militärischen Ausschuss nicht unterwerfen wollte, mit dem Generalstab bräche und von jetzt ab als eine der Demokratie feindliche Organisation betrachtet werde. Das Telegramm besagte weiter: Die Truppen hätten einzig noch den Befehlen zu gehorchen, die vom revolutionären militärischen Ausschuss unterzeichnet seien. Zugleich veröffentlicht der revolutionäre militärische Ausschuss einen Aufruf an die Soldaten, Arbeiter und an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem hervorgehoben wird, daß der Ausschuss für militärische Leitung an den wichtigsten Punkten Petersburgs und seiner Umgebung besondere Beauftragte ernannt habe, die der Ausschuss hiermit für unverleglich erklärt.

Nachdem die vorläufige Regierung von dieser Verhandlung des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms für null und nichtig zu erklären. Der Ausschuss lehnte jedoch die Erfüllung dieses Ansuchens ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten. Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsorte kommen. Die vorläufige Regierung faßte den Beschluß, vorläufig nicht zu den Waffen die Flucht zu nehmen, da sie hofft, den Streitfall friedlich beilegen zu können.

Am 5. November, abends, faßte eine Vollversammlung der vorläufigen Regierung den Beschluß, den Ausschuss als eine ungesetzliche Einrichtung zu betrachten. Sie forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen und stellte den militärischen Behörden ansehnlich alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

W. Petersburg, 7. Nov. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat sich gestern abend der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirks Petersburgs und dem militärisch-revolutionären Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates beträchtlich zugezogen. Die von beiden Seiten eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts wurden am Nachmittag abgebrochen, da der Ausschuss die Mitteilung erhielt, daß der Militärgouverneur von Petersburg im Laufe der Nacht die Truppen in der Umgebung der Stadt, besonders in Peterhof, Lwowinsk und Rastojko Selo herbeirief. Angesichts dieser Tatsache hat der Ausschuss seinen Truppen befohlen, der Regierung nicht zu gehorchen. Eine weitere Zustimmung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot. Gegen 5 Uhr abends gaben die Behörden den Befehl, die Brücke zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören und brachten den Straßenbahnverkehr der ganzen Stadt zum Stehen. Die Stadt wird von den regierungstreuen Soldaten besetzt.

Die Abhebung des Kriegsministers.
W. Petersburg, 7. Nov. (Pet. Tel.-Ag.) Wie die Zeitungen melden, hat die Regierung den bisherigen Kriegsminister aufgefördert, Petersburg zu verlassen. Der Kriegsminister, General Werchowski, ist am Abend nach dem Ladoga-See abgereist, wo sich ein berühmtes Kloster befindet. Die Blätter glauben, daß der Rücktritt Werchowski wenig Veränderungen in den oberen Kommandostellen nach sich ziehen werde.

Arbeiter-Anstand.
W. Petersburg, 6. Nov. (Pet. Tel.-Ag.) Im Bezirk Nowow Mozessensk in der Provinz Moskau, wo sich große Tuchfabriken befinden, sind 300 000 Arbeiter in den Anstand getreten.

Maximalistische Regierung in Wladivostok.
Sibir, 7. Nov. (Pet. Tel.-Ag.) Die „R. B. Sig.“ meldet aus Petersburg: Das Organ der Maximalisten „Kowojz Schömi“ meldet: Wladivostok ist seit einigen Tagen vollständig in der Macht der Maximalisten. Diese erließen an die Bevölkerung einen Aufruf, daß sie die Gewalt übernehmen haben. Die öffentlichen und privaten Organisationen erklärten sich bereit, den Befehlen des Rates der Maximalisten zu gehorchen und ihn anzuerkennen.

Erweiterung der russischen Kriegszone.
Berlin, 7. Nov. Nach Genfer Meldungen wurden Petersburg, Kronstadt und ganz Finnland als Kriegszone erklärt.

Die Beschwörung Kerenskis.
W. Petersburg, 7. Nov. (Nicht amtlich.) Petersb. Tel.-Agentur. Nachmittags Sitzung des einseitigen Rates der Republik. Kerenski sprach von dem Verstande der Maximalisten, sich der Stadt zu bemächtigen, und den Bürgerkrieg herbeizuführen und erklärte unter dem Beifall der Rechten, der Mittelpartei und der Linken, die Parteien, welche es wänten, in diesem Augenblicke die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohten gleichzeitig, den Deutschen die Grenzen zu öffnen. Kerenski ersuchte das Vorparlament, um sofortige Antwort, ob die Regierung bei der Erfüllung ihrer Pflicht die Unterstützung des einseitigen Rates der Republik rechnen könne. Das Vorparlament schritt zur Erörterung über die Frage des Ministerpräsidenten.

Zeitungsstimmen.
W. Petersburg, 6. Nov. (Pet. Tel.-Ag.) Die Zeitungen sind endlich beunruhigt durch die diesmal ziemlich ernsthaften Vorbereitungen der Maximalisten, sich der Gewalt zu bemächtigen, und veröffentlichten viele Aufsätze, die das uninnige Unternehmen undurchführbar demagogisch tadeln und sie auffordern, zu überlegen, bevor sie das Vaterland endgültig zugrunde richten.

Die „Börsezeitung“ schreibt: Diesmal handelt es sich nicht um das langwierige Verfahren einer Beilegung der Bewegung, sondern um ihre Niederschlagung durch einen einzigen kräftigen Schlag. Wer weiß, ob diese Gelegenheit nicht die einzige für die revolutionäre Demokratie ist, mit einer Anstrengung die Revolution und das Vaterland vor nicht wieder gut zu machendem Unheil zu bewahren.

Dr. Schwander über die elsass-lothringische Frage.

W. Budapest, 6. Nov. (Nicht amtlich.) „West Magyar“ veröffentlicht eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. Schwander über die elsass-lothringische Frage, worin es u. a. heißt: Die Denkmäler des Volkes von Elsass-Lothringen zeigen am besten die letzten Landtagswahlen im Jahre 1911, bei denen sämtliche Nationalitäten in der Minderheit gelieben sind. Selbst Dr. Wetterich hat seine Wahl nur dem Umstande verdankt, daß seine Wähler überwiegend Franzosen waren. Elsass-Lothringen wünscht nichts anderes, als die Rechte der übrigen Bundesstaaten. Es wünscht die demokratische Autonomie. In dieser Beziehung sind Verhandlungen im Gange. Auf die Frage, warum Elsass-Lothringen nicht den Franzosen überlassen werde, wenn hierdurch der Weltkrieg ein Ende gemacht werden könne, erwiderte Schwander: Weil das Volk Elsass-Lothringens nicht französisch, sondern deutsch ist. Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sind nach Abstammung, Sprache und Sprache deutsch. Die Arbeiter und Bauern sprechen ausschließlich deutsch. Können die Franzosen fordern, daß zu einer Zeit der Befreiung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten dieses den Franzosen fremde Volk ihnen angegliedert wird? Aber selbst wirtschaftlich ist Elsass-Lothringen vollkommen mit dem Deutschen Reich verflochten, jedoch eine „Dissektion“ den völligen Zusammenbruch des volkswirtschaftlichen Lebens nach sich ziehen würde. Andererseits kann sich Frankreich ohne Elsass-Lothringen nie bis her zu auch in Zukunft halten; für Deutschland sind jedoch die Eisenröhren Lothringens und die Kalinarben des Elsass unentbehrlich. Die Entziehung dieses Gebietes irgendwelche Zugeständnisse gemacht würden, selbst wenn der Krieg noch zehn Jahre dauern würde, darf von dem Gebiete des Deutschen Reiches nicht ein Fußbreit abgetrennt werden. Deutschlands Kräfte könne ich wohl, sie sind auch einem zehnjährigen Kriege gewachsen.

Aus dem Großherzogtum.

*** Kuppenheim, 5. Nov.** Mit der vor einigen Tagen verstorbenen Frau Valentine Klein hat die älteste Person unseres Ortes das Zeitliche gesegnet. Die Wesen, die bis zum vorigen Jahre noch körperlich ziemlich kräftig war, so daß sie Feldarbeiten verrichten konnte, und die sich bis zu ihrem Ende auch geistige Frische bewahrt hatte, erreichte das hohe Alter von 94 Jahren. 1823 in Oberweier geboren, verheiratete sie sich im Jahre 1846 nach Kuppenheim und war auch seit hier hier ansässig.

*** Offenburg, 5. Nov.** Unter der Menschenmenge, die sich zum Begräbnis der Opfer des letzten Fliegerangriffs auf dem Friedhofe eingefunden hatte, brach am Sonntag eine Panik aus. Durch das Motorgeschrei eines vorbeifahrenden Kraftwagens getrieben, glaubte jemand, es seien feindliche Flieger im Anflug und ließ den Ruf aus: Flieger! Die Folge war, daß sich alles in Sicherheit zu bringen und dabei jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen suchte. So kam es, daß Menschen übertrampelt, Gräber zerstört und Einfassungen umgestoßen, Gegenstände zertrümmert, Güter vernichtet und Verletzungen wurden. Glücklicherweise war kein schwerer Unfall zu verzeichnen.

*** Freiburg, 7. Nov.** Eine Versammlung der Wälder- und Konditorengesellen sprach die Erwartung aus, daß das wiederholt in Aussicht gestellte dauernde Nachtarbeitsverbot baldigst erlassen werde. Weiter sprach sich die Versammlung gegen die große Ueberfüllung des Badergarnwerkes mit Lehrlingen aus.

*** Reichenbach bei Tribsen, 7. Nov.** Durch Feuer wurde der an der Straße nach Schwanden gelegene Hofbauernhof, welcher dem im Felde stehenden Landwirt Matthias Storz gehört, vollständig eingeäschert. Nur der Viehbestand konnte gerettet werden.

*** Rehl, 7. Nov.** Der Bürgerausschuß stimmte der Erhöhung des Gaspreises von bisher 12 Pf. für Heugas und 16 Pf. für Leuchtgas auf den Einheitspreis von 18 Pf. mit der Maßgabe zu, daß das Gesamtergebnis nicht über 6000 M. der Stadtkasse abzuliefern hat.

Aus der Residenz.

*** Karlsruhe, den 7. November 1917.**
— Verwendung von Hilfsdienstpflichtigen bei Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Bislang sind die Aufforderungen zur freiwilligen Meldung der Hilfsdienstpflichtigen nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 nur durch das Kriegsamt und durch die von diesem damit beauftragten Kreisamtsstellen erlassen worden. Um künftig freiwillige Meldungen Hilfsdienstpflichtiger vorzuziehen zum Zweck des Erlasses ablosbarer Beurlaubungen sowie zur Vermeidung des vermehrten Bedarfs an Arbeitskräften der Zivilbehörden noch mehr zu fördern, soll eine Zentralbehörde für den Bedarf der Behörden der allgemeinen und inneren Staatsverwaltung und der Behörden der größeren Gemeinden Aufforderungen zur freiwilligen Meldung erlassen. Bei dieser zentralen Dienststelle haben die oben bezeichneten Zivil- und Gemeindebehörden sodann ihren Bedarf an Hilfsdienstpflichtigen anzumelden. Mit Erlass des H. V. Ministeriums des Innern ist im Einverständnis mit dem stellvertretenden General-Kommando des 14. Armekorps (Stützpunktstelle für das Großherzogtum Baden) der Großherzogliche Verwaltungshof als zentrale Stelle, an welche der Bedarf an Hilfsdienstpflichtigen zu melden wäre, bestimmt worden. Aufforderungen seitens des Großherzoglichen Verwaltungshofs zur freiwilligen Meldung Hilfsdienstpflichtiger wird ergehen, sobald genügend Bedarfsanmeldungen seitens der Behörden vorliegen.

— Einschränkung des Elektrizitätsverbrauches. Nebenlich wie für die Gasentnahme ist nun auch für die Verwendung von Elektrizität eine Einschränkung verfügt worden. Die Neuregelung geht von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung aus. Im allgemeinen wird nur ein Verbrauch von 80 Prozent des vorjährigen zugelassen. Die angeordnete Ersparnis beträgt also 20 Prozent. Kleinverbraucher werden von der Einschränkung nur betroffen, soweit ihr Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden übersteigt. Die Gemeinden können aber eine niedrigere Grenze festlegen. Neuanfassungen und Erweiterungen bedürfen nach wie vor einer besonderen Genehmigung. Wer über die zugelassene Menge hinaus Elektrizität verbraucht hat für jede weitere Kilowattstunde einen Aufschlag von 50 Pfennig zu bezahlen.

St. Konzent Will-Neugebauer. Die hiesige Pianistin Fel. Weill veranstaltete gestern mit Herrn Hofopernsänger Neugebauer im Museumsaal ein Konzert. Fr. Weill spielte Werke von Schumann, Chopin und Liszt. Ihr technisches Können ist beachtenswert, der Vortrag entbehrt nicht einer gewissen Großartigkeit. Herr Neugebauer besitzt ein mezza voce, das für den Eindruck seiner Vorträge einen hervorragenden Beitrag bedeutet. Weniger gut gelangen ihm die schwierigen Scherztänze, die er sich auswählte. Schumann liegt ihm besser. Zu rühmend ist bei Herrn Neugebauer die Vermiedung jeder Uebertreibung bei seinem Liedvortrag. In Frau Schilling-Bettach fand der Sänger eine feinfühligere, verständnisvolle Begleiterin.

— **Gogh. Hoftheater.** Heinrich Marschner's romantische Oper „Hans Heiling“, deren Verfertigung bekanntlich von dem Karlsruher Hoftheaterdirektor Eduard Devrient herrührt, erscheint nach neunjähriger Pause morgen Donnerstag, den 8. d. M. in neuer Einstudierung wieder auf dem Spielplan. Die Titelrolle singt Demo Biegler. In die übrigen größeren Aufgaben teilen sich die Damen Palm-Cordes, Friedrich und Josef-Lomskit und die Herren Neugebauer und Gd.

— **Unfälle.** Ein hiesiger Schlosserlehrling stürzte gestern früh am Gebäude der Karlsruher Lebensversicherung beim Abnehmen von Kupfer vom Dach, 4 Meter tief durch ein Glasdach, erlitt einen Schädelbruch und wurde nach dem städt. Krankenhaus verbracht. — Gestern nachmittag kam ein 15jähriger Fabrikarbeiter in einer Fabrik im Baumwald einer Präsmaschine zu nahe, wobei er sich 2 Schnittwunden am linken Arm zuzog, die seine Aufnahme im städt. Krankenhaus nötig machten.

— **Befestigungen wurden:** Ein Tagelöhner aus Uglasterhausen wegen Urkundenfälschung und Betrugsversuchs sowie eine Köchin aus Bruchweiler wegen Diebstahls.

Letzte Drahtberichte.

Schwedische Generalkonferenz.
*** Bern, 7. Nov.** Der „Bund“ meldet aus Stockholm: Die schwedische Regierung hat sämtliche Generale, sowie einen Teil der Stabsoffiziere am 19. November zu einer außerordentlichen Konferenz nach Stockholm berufen.

Die amerikanisch-japanische Verbrüderung.
W. Washington, 6. Nov. (Neuter.) Im Anschluß an das Abkommen über China teilt das Staatsdepartement mit, daß die Vereinigten Staaten und Japan zu vollständiger Uebereinstimmung bezüglich der militärischen, maritimen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Kriege gegen Deutschland gelangt sind.

Die Friedensbereitschaft in Oesterreich.

W. Wien, 7. Nov. (Nicht amtlich.) In Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Koncody und Genossen betr. die Bewirkung der Friedenssicht in Böhmisches-Mähren erklärte der Ministerpräsident: Die Zuschrift der böhmischen Frauen Mährens an die Reichstagsabgeordneten finde auch bei der Regierung die ernste Würdigung. Er verweise darauf, daß Oesterreich-Ungarn im Einvernehmen mit seinen Verbündeten öffentlich seine Friedensbereitschaft kundgetan habe und daraufhin ein Friedensprogramm entwickelt habe, auf dessen Grundlage ein für die Mittelmächte und ihre Gegner ehrenvoller Friede zustande kommen könnte.

Das neue italienische Ministerium.

Genf, 7. Nov. „Journal de Geneve“ meldet aus Rom über die Zusammenlegung des neuen Kabinetts: es umfasse 16 Minister und 18 Unterstaatssekretäre. Jedem Minister sei ein Vizeminister beigegeben worden. Das Kabinet weist auf die Vorkriegszeit dieses Kabinetts aus: Katholiken, Radikalen, Republikanern, Liberalen und Liberal-Konserverativen hin. Unter den Unterstaatssekretären seien ein Katholik, ein Radikaler, ein Sozialist und sonst nur Liberale, neun Beamte davon offenkundige Sozialisten. Sollte Giolitti zufällig wieder aus Italien kommen, so würde er seinen ganzen Generalstab schon im Ankle finden und brauche nur einige Minister- oder drei Unterstaatssekretärstellen anders zu befehlen.

Neue U-Bootserfolge.

W. Berlin, 6. Nov. (Amtlich.) Neue U-Bootserfolge im Scherengebiet um England: 13 000 B.-M.-T. Unter den versenkten Schiffen befindet sich ein Dampfer, der 5500 Tonnen Mais für England an Bord hatte. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Weitere Ereignisse zur See.

W. Rotterdam, 6. Nov. „Maasbode“ berichtet, daß der amerikanische Dampfer „Darbel“ am 16. Oktober an der Insel Schima gestrandet und von der Besatzung verlassen worden sei. Nach einer Meldung aus Lompico vom 21. Oktober ist der amerikanische Schoner „E. S. Galla“ in der Nähe von Lompico gestrandet und wahrscheinlich gesunken.

Der „Maasbode“ gibt folgendes Verzeichnis von Schiffen, die vermisst werden: „Bairuna“ (3947 Tonnen) aus Dundee (Australien), am 14. Juli von Australien nach San Francisco abgereist, der Holzschoner „Liffen Maid“ (111 Tonnen) aus Fleetwood, der Dampfer „Laloo“ (2606 Tonnen) aus Bombay am 25. Juli von Bombay nach Marseille abgereist, der Dampfer „Camias City“ (2345 Tonnen) aus Bristol, am 30. August von New York nach Bristol ausgefahren.

W. Washington, 7. Nov. Der amerikanische Transportdampfer „Pinnland“ (1276 B.-M.-T.) wurde auf der Fahrt von Amerika torpediert, erlitt jedoch nur geringen Schaden. Es gelang dem Dampfer mit eigener Kraft einen fremden Hafen zu erreichen.

Schiffszusammenstoß.
W. Bern, 6. Nov. „Depeche de Yvon“ meldet aus Brest: Der Schlepddampfer „Atlas“ ist in der Nähe der Hafeneinfahrt mit dem englischen Kohlendampfer „Mercedio“ zusammengestoßen. 25 Mann der Besatzung des „Mercedio“ werden vermisst.

Die feindlichen Heeresberichte.

W. Paris, 7. Nov. Amtlicher Bericht von gestern nachm. Auf dem rechten Maasufer hellenweise Geschützkampf.

W. London, 7. Nov. Amtlicher Bericht von gestern nachmittags. Am Morgen des 6. Nov. wurde in der Gegend von Bascheidale ein Angriff gegen die Stellungen des Feindes unternommen. Wie berichtet, machten unsere Truppen bedrückende Fortschritte. Gestern abend griffen Linieninfanterie-Truppen deutsche Gräben in der Nachbarschaft von Sulluch an und brachten einige Gefangene zurück.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

*** Klein, Schanzlin u. Beder, A.-G. Frankfurt, Esch.** Ueber die Entwicklung des Unternehmens macht die Gesellschaft der „Frankfurter Zig.“ die nachstehenden Angaben. Im den im Laufe des Krieges gestellten Aufgaben gewachsen zu sein, konnte das Werk seinen Bestand an Arbeitskräften wieder vervollständigen und noch erheblich erweitern. Im November 1916 trat die Gesellschaft bekanntlich in eine Fabrikationsgemeinschaft mit der Lederfirma Cornelius Seyl in Worms, der sie ihre reichen technischen Erfahrungen zur Verfügung stellte und so die Teilnahme an den Arbeiten für den Heeresbedarf in weitem Maße ermöglichte. Ferner wurde in Birmann eine Zweigfabrik gegründet, in der gegenwärtig gegen 600 Personen beschäftigt werden. Umfang und Beteiligtheit dieser durch den Krieg gestellten Aufgaben hat die Gesellschaft zu einer Erweiterung ihrer Fabrikationsanlagen gezwungen, die nahezu einer Verdoppelung gleichkommt.

